

Was ist eigentlich in der Ukraine los?



(Collage, eigene Darstellung)

Was ist geschehen? Worum geht es in dem Konflikt? Welche Konfliktparteien haben welche Interessen?

Christian Fischer

Die Ukraine bekommt eine neue EU-freundliche Regierung

Im November 2013 weigerte sich der damals russlandfreundliche ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch ein Abkommen mit der Europäischen Union (EU) zu unterzeichnen, das eine engere politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit der Ukraine mit der EU vorsah. Nach seiner Weigerung begannen in der ukrainischen Hauptstadt Kiew und in anderen Städten der West-Ukraine Massenproteste gegen ihn. Die Menschen waren unzufrieden mit ihrem Leben in der Ukraine. Sie wünschten sich eine Annäherung ihres Landes an die EU, weil sie sich davon Wohlstand und eine besser funktionierende Demokratie versprochen. Die Massenproteste, die zum Teil sehr blutig waren, mündeten schließlich in der Absetzung des ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch, der nach Russland floh. In Kiew übt seitdem eine neue Regierung die Macht aus, die versucht, die Ukraine politisch und wirtschaftlich an die EU heranzuführen. Das missfällt Russland sehr, denn es will, dass sich die Ukraine politisch und wirtschaftlich an Russland orientiert.

Die Krim-Krise

Auf der Halbinsel Krim, die zum Staatsgebiet der Ukraine gehört, leben sehr viele Menschen, die Russisch sprechen und russische Vorfahren haben. Im Februar 2014 sagten viele von ihnen: „Wir wollen nicht mehr zur Ukraine gehören. Die neue Regierung in Kiew ist nicht unsere Regierung. Wir möchten keine Annäherung an die EU. Wir wollen zu Russland gehören.“ Einige der Krim-Bewohner wollten dieses Ziel unbedingt durchsetzen. Russland schickte verumummte Bewaffnete auf die Krim, um sie zu unterstützen – offiziell hieß es später: zum Schutz der russischstämmigen Bevölkerung. Außerdem waren bereits vor dem Konflikt russische Soldaten auf der Krim stationiert (die Schwarzmeerflotte). Die vielen russischen Soldaten und prorussische Bewaffnete kontrollierten nun die gesamte Krim-Halbinsel. Unter ihrer Kontrolle wurde am 16. März 2014 eine Abstimmung darüber durchgeführt, ob die Krim in Zukunft zu Russland gehören soll. Nach Angaben der neuen Machthaber auf der Krim stimmten 96,6% der Menschen dafür. Am 18. März 2014 nahm der russische Präsident Wladimir Putin die Krim-Halbinsel feierlich in den russischen Staat auf. Die Ukraine sieht darin einen feindseligen und unrechtmäßigen Akt Russlands. Sie betrachtet die Krim-Halbinsel weiterhin als ihr Staatsgebiet; sie hat dort aber keinen Einfluss mehr. Auch die westlichen Staaten, wie die USA oder Deutschland, erkennen die Angliederung der Krim an Russland nicht an.

Die prorussischen Separatisten im Osten der Ukraine – Kämpfe

Im Osten der Ukraine leben besonders viele Menschen, die Russisch sprechen und russische Vorfahren haben. Nicht wenige von ihnen sagen: „Wir wollen auch eine Abstimmung durchführen, so wie auf der Krim, und dann zu Russland gehören. Wie wollen nicht in die EU. Die ist uns fremd. Da werden wir keine gute Zukunft haben. Russland ist unsere Zukunft. Dort gehören wir hin.“ Diese Menschen werden auch als prorussische Separatisten bezeichnet. Ein Teil dieser Menschen kämpft mit Waffengewalt für ihre Ziele. Die bewaffneten prorussischen Separatisten übernahmen in einigen Städten die Macht. Am 11. Mai 2014 haben sie dann in den Regionen um Donezk und Lugansk (beides Millionen-Städte) sogar eine Abstimmung über ihre Zukunft durchgeführt. Nach Angaben der bewaffneten Separatisten stimmten in Donezk 89% und in Lugansk 98% der Teilnehmer für eine Abspaltung von der Ukraine. Daraufhin gründeten sie die so genannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk, die einen Anschluss an Russland anstreben. Wie stark die Unterstützung der Bevölkerung für die Bewaffneten tatsächlich ist, kann nur schwer gesagt werden. Die Regierung in Kiew erkennt die selbsternannten Volksrepubliken nicht an. Sie bezeichnet die Separatisten als „Terroristen“, die von Russland gesteuert werden, und operiert militärisch gegen sie. Die ukrainische Regierung, die EU und die USA gehen fest davon aus, dass Russland

mit eigenen Truppen und Waffenlieferungen auf Seiten der Separatisten direkt in die Kämpfe eingreift.

Die Position Russlands

Russland möchte, dass die Ukraine in seinem politischen und wirtschaftlichen Einflussbereich bleibt. Der russische Präsident Wladimir Putin plant sogar die Gründung einer Eurasischen Union auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion als Gegenmodell zur Europäischen Union und zur USA. Russland möchte damit seine eigene Machtstellung in Osteuropa und Asien ausbauen. In der Eurasischen Union sollen vor allem Produkte aus Russland verkauft und Entscheidungen getroffen werden, die im Sinne Russlands sind. Für diesen Plan ist die Ukraine sehr wichtig. Sie soll nach den Vorstellungen Russlands Teil dieser Union sein. Außerdem fürchtet Russland, dass durch eine Anbindung der Ukraine an die Europäische Union oder sogar an die NATO die russische Sicherheit gefährdet wäre. Russland hat dabei den Eindruck, dass seine Interessen seitens des Westens kaum ernst genommen werden. Insgesamt kann die Sichtweise Russlands nur aus dem Anspruch des Landes heraus verstanden werden, als starke Großmacht zu gelten.

In den Werten der EU – freie Wirtschaft, Freiheit der Menschen, Demokratie – sieht Russland eher Wortblasen. Russland meint, dass es der EU und ihrem Verbündeten, den USA, darum geht, Russland zu schwächen und unter ihre wirtschaftliche Kontrolle zu bekommen. Die russische Regierung glaubt vor allem, dass die Ukraine geschichtlich und kulturell zu Russland gehört. Sie versteht sich als Schutzmacht derjenigen ukrainischen Bürger, die Russisch sprechen und russische Vorfahren haben. Beängstigt hat viele Russen, dass an den Massenprotesten, die zum Umsturz in Kiew geführt hatten, auch rechtsextremistische, russlandfeindliche Gruppen beteiligt waren. In diesem Zusammenhang ist wichtig zu sagen: Bei der Präsidentschaftswahl wie auch bei der Parlamentswahl haben die Rechten in der Ukraine schlecht abgeschnitten. Entgegen dem Bild, das russische Medien vermitteln, handelt es sich bei ihnen um eine politische Randgruppe.

Die Position der Europäischen Union

Die Europäische Union (EU) ist eine Vereinigung europäischer Staaten. Die EU fühlt sich den Werten Menschenwürde, Freiheit der Person, Freiheit der Wirtschaft, soziale Sicherung und Wohlstand verpflichtet. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die EU in Richtung Osteuropa ausgedehnt. Weil die EU im Osten an die Ukraine und an Russland grenzt, hat sie vor allem ein Interesse an einer friedlichen Konfliktlösung. Die EU will einerseits an einem Dialog mit Russland festhalten, andererseits soll Russland deutlich gemacht werden, dass die EU das russische Vorgehen in der Ukraine ablehnt. Die EU-Staaten erkennen weder den Anschluss der Krim an Russland noch die Unabhängigkeitserklärungen der prorussischen Republiken Donezk und Lugansk an.

Die EU verfolgt die Idee einer engen Zusammenarbeit mit der Ukraine. Aus Sicht der EU ist eine europafreundliche, demokratische und wirtschaftlich funktionierende Ukraine wünschenswert, weil sie a) ein sicherer Nachbar wäre und b) einen positiven Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung der EU leisten könnte.

Die Position der NATO und der USA

Die NATO ist ein Verteidigungsbündnis westlicher Staaten unter der militärischen Führung der USA. Die NATO und die USA verurteilen das Vorgehen Russlands in der Ukraine scharf. Sie erkennen den Anschluss der Krim-Halbinsel an Russland nicht an. Auch den selbsternannten Republiken Donezk und Lugansk verweigern sie die Anerkennung. Die NATO und die USA wollen, dass sich die Ukraine in Richtung der EU entwickeln kann. Die EU-Staaten in Osteuropa sind auch Mitglieder der NATO. In einigen von ihnen, wie Lettland, Litauen und Estland, leben große russischsprachige Minderheiten. Diese Staaten haben besondere Angst, dass Russland versucht auch sie in Konflikte hineinzuziehen. Die NATO und die USA wollen verhindern, dass Russland sich (wieder) einen eigenen Machtbereich in Osteuropa schafft, weil sie das als Gefahr für ihre Sicherheit und ihre Wirtschaft ansehen.

Welche Konfliktparteien haben welche Möglichkeiten? Wie sind sie mit Blick auf den Weltfrieden und die Wirtschaft zu beurteilen?

Christian Fischer

Russland

Russland hatte zu Beginn der Krise große Militärverbände an die Grenze zur Ukraine verlegt. Die russischen Soldaten sind sehr gut ausgerüstet. Sie verfügen über moderne Panzer, Kanonen, Raketen und Flugzeuge. Grundsätzlich ist Russland jeder Zeit in der Lage, Truppenverbände schnell in Richtung der Ukraine zu verlegen. Insgesamt verfügt Russland über eine riesige Armee (ca. 800.000 Mann), die in den vergangenen Jahren modernisiert wurde. Vor allem ist Russland aber eine Atommacht. Russland besitzt sehr viele Bomben und Raketen mit Atomsprenköpfen. Mit ihnen kann es mögliche Feinde auf allen Kontinenten der Erde bekämpfen und dort die Zivilisation vollständig zerstören.

Russland ist außerdem eines der rohstoffreichsten Länder der Welt. Es hat riesige Erdöl- und Erdgas-Vorkommen. Viele Länder in Europa sind teilweise oder vollständig abhängig von den russischen Erdöl- und Erdgas-Lieferungen. Erdöl und Erdgas werden gebraucht, um zu heizen, um Grundstoffe für die chemische Industrie zu haben und um Energie für die Industrie zu erzeugen. Russland hat die Macht, die Preise für sein Öl und Erdgas zu erhöhen. Das würde die Ukraine und die meisten Länder in der EU sehr hart treffen, denn die Menschen dort müssten dann mehr Geld für Energie bezahlen und die Produktion in der Industrie würde sich verteuern. Noch schlimmer wäre es, wenn Russland den Gas- und Ölhahn für die Ukraine und/oder die Länder der EU zudrehte, denn dann würden die Menschen im Winter frieren und die Wirtschaft würde einbrechen.

Russland hat weiterhin die Möglichkeit, den Import von Waren aus der Ukraine, der EU und den USA zu verbieten. Bislang hat Russland nur Einfuhrverbote für landwirtschaftliche Produkte ausgesprochen. Grundsätzlich besteht jedoch die Möglichkeit, die Einfuhrverbote auszuweiten, um der Wirtschaft in der Ukraine, der EU und den USA zu schaden.

Ukraine

Die ukrainische Armee ist deutlich kleiner als die russische Armee (ca. 130.000 bis 160.000 Mann). Ein Großteil ihrer Waffen ist alt; Truppen und Ausrüstung sind nur zu einem Bruchteil einsatzfähig. Militärisch sind die ukrainischen Einheiten nicht in der Lage, die prorussischen Separatisten zu besiegen. Der Einsatz schwerer Waffen (Panzer, Kanonen, Bomben, Kampfflugzeuge, Raketen) gegen die prorussischen Separatisten gestaltet sich äußerst heikel, weil die Kampfgebiete in bewohnten Großstädten (Donezk, Lugansk) liegen und dort stets schwere Verluste unter der Zivilbevölkerung drohen.

Ein Machtmittel der Ukraine liegt in ihrer Zugriffsmöglichkeit auf die Öl- und Gas-Pipelines, die von Russland über ihr Territorium in die EU verlaufen. Russland verdient sehr viel Geld damit, Erdöl und Erdgas an die EU-Staaten zu verkaufen. Die Ukraine könnte Russland wirtschaftlich sehr schaden, wenn sie die Leitungen unterbräche, denn dann würden Russland wichtige Einnahmen aus dem Erdöl- und Erdgas-Verkauf fehlen. Dieser Schritt würde wirtschaftlich aber auch die EU-Staaten treffen, weil sie nämlich auf das Erdöl und Erdgas aus Russland angewiesen sind.

Die prorussischen Separatisten im Osten der Ukraine:

Die Macht der prorussischen Separatisten im Osten der Ukraine beruht auf der Unterstützung durch Russland. Russland unterstützt die prorussischen Separatisten mit Freiwilligen, Waffen und Soldaten. Während die prorussischen Separatisten das zugeben, bestreitet Russland eine offizielle Unterstützung. Fakt ist: Die prorussischen Separatisten verfügen über schwere Waffen

und militärisches Know-how. Sie sind in der Lage, ukrainische Kampfflugzeuge abzuschießen, Panzer zu zerstören und Kämpfe für sich zu entscheiden. Sie sind militärisch gut organisiert. Außerdem unterstützt Russland die selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk mit zivilen Hilfsgütern (Nahrung, Trinkwasser, Decken etc.). Innerhalb ihrer selbsternannten Volksrepubliken besitzen die prorussischen Separatisten die absolute Macht. Sie konnten verhindern, dass die Wahlen für das ukrainische Präsidentenamt und das ukrainische Parlament auf ihrem Gebiet durchgeführt werden. Sie haben stattdessen Abgeordneten-Wahlen für ihre selbsternannten Volksrepubliken durchgeführt, bei denen politisch anders denkende Kandidaten nicht zugelassen waren.

Die EU und die USA

Die EU und die USA erkennen weder den Anschluss der Krim an Russland noch die staatliche Unabhängigkeit der selbsternannten prorussischen Separatisten-Republiken Donezk und Lugansk an. Sie gehen fest davon aus, dass Russland die prorussischen Separatisten in der Ost-Ukraine unterstützt. Die EU und die USA wollen, dass Russland diese Unterstützung stoppt und sich aus dem Geschehen in der Ukraine heraushält. Um Russland unter Druck zu setzen, haben die EU und die USA Maßnahmen ergriffen, die sich gezielt gegen russische Politiker und Wirtschaftsunternehmen richten – man spricht hierbei von Sanktionen. Bei den Sanktionen handelt es sich um ...

- Einreiseverbote gegen russische Politiker und prorussische Separatisten-Führer,
- das Sperren europäischer und amerikanischer Konten von russischen Politikern und einzelner russischer Firmen,
- das Unterbinden der Möglichkeit für russische Energie- und Rüstungsunternehmen, sich in der EU oder der USA Geld für ihre Geschäfte zu besorgen,
- Lieferverbote für einzelne russische Energie- und Rüstungsunternehmen.

Das Ziel liegt klar auf der Hand: Neben der Rüstungsindustrie soll vor allem die für Russland wichtige Energieindustrie (Erdöl- und Erdgasförderung) getroffen werden. Dieses Vorgehen der EU und der USA ist sehr risikoreich, denn viele EU-Staaten sind abhängig von den Energielieferungen aus Russland. Auf lange Sicht wird die russische Wirtschaft unter den Sanktionen der EU und der USA leiden. Das gefährdet jedoch gleichzeitig viele Arbeitsplätze in europäischen und amerikanischen Unternehmen, denn ihre Produkte werden in Russland weniger nachgefragt und gekauft.

Die EU und die USA unterstützen die neue europafreundliche Regierung in Kiew mit Milliarden-Hilfen (Euro und Dollar) und mit vielen Beratern – auf diese Weise können sie Einfluss auf die Entwicklung in der Ukraine nehmen. Waffen wurden bisher nicht geliefert.

Die NATO

Die NATO ist ein Verteidigungsbündnis westlicher Staaten unter der militärischen Führung der USA. Die meisten Staaten der EU gehören auch der NATO an. Insbesondere osteuropäische NATO-Staaten wie Polen, Litauen, Lettland und Estland fühlen sich vom Vorgehen Russlands in der Ukraine bedroht. Sie fürchten die nächsten zu sein, die von Russland in Konflikte verwickelt werden. Die NATO sieht vor, dass alle Bündnispartner einem Mitgliedsstaat militärisch zu Hilfe kommen, sobald er angegriffen wird. Die Ukraine ist kein NATO-Mitgliedsstaat. Technologisch ist die NATO der russischen Armee überlegen. Allerdings sind die Armeen der NATO-Staaten nicht auf einen Krieg mit Landstreitkräften im Osten Europas eingestellt. In den NATO-Staaten, die an Russland grenzen, befinden sich keine großen NATO-Militärstützpunkte. Es gibt dort keine großen Truppen- und Panzerverbände der NATO. Allerdings besitzen die USA als militärische Führungsmacht der NATO sehr viele Bomben und Raketen mit Atomsprengköpfen. Mit ihnen können die USA mögliche Feinde auf allen Kontinenten der Erde bekämpfen und dort die Zivilisation vollständig zerstören. Auch Frankreich und Großbritannien sind Atomkräfte und Mitglieder der NATO.

Welche Rolle spielt die Geschichte in dem Konflikt?

Christian Fischer

Gemeinsame historische und kulturelle Wurzeln

Russland und die Ukraine sind durch ihre Geschichte miteinander verbunden. Sie verfügen über gemeinsame historische und kulturelle Wurzeln, was insbesondere Russland aktuell betont. Vom Ende des 9. Jahrhunderts bis zur Mitte des 13. Jahrhunderts waren die ostslawischen Völker der Ukrainer, Russen und Weißrussen im Reich der Kiewer Rus vereint. Die Kiewer Rus, ein Großreich, das sich von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer erstreckte, war auf den Handel zwischen Nordeuropa, Osteuropa und dem östlichen Mittelmeerraum spezialisiert. Russland betrachtet die Kiewer Rus als seine historische und kulturelle Wiege.

Spaltung der Ukraine in West und Ost

Nach Auflösung der Kiewer Rus gab es kein gemeinsames Reich der ostslawischen Völker mehr; auch existierte die Ukraine nicht als eigenständiges Land. Die Teile der heutigen Ukraine gehörten über Jahrhunderte zu unterschiedlichen Herrschaftsgebieten und Machtbereichen. Im 18. Jahrhundert kam schließlich der Westen der Ukraine unter die Herrschaft des Kaiserreiches Österreich-Ungarn und der Osten kam unter die Herrschaft des russischen Zarenreiches. Der Osten der Ukraine wurde gezielt als Teil des russischen Reiches ausgebaut. Im Westen der heutigen Ukraine, der wie gesagt zum Kaiserreich Österreich-Ungarn gehörte, konnte sich hingegen eine eigenständige ukrainische Kultur und Sprache entwickeln.

Die Ukraine wird Teil der Sowjetunion

Im Jahr 1917 hatte in Russland eine Revolution stattgefunden. Der Zar war abgesetzt und der Sozialismus eingeführt worden. Die Wirtschaftsunternehmen, Banken und Landwirtschaftsflächen gehörten in Russland nun nicht mehr einigen wenigen Reichen, sondern allen Menschen, und der Staat verwaltete sie. Die ganze Macht im Staat lag jedoch allein in den Händen der sozialistischen (kommunistischen) Partei, an deren Spitze ein mächtiger Anführer stand. Es handelte sich um keine Demokratie. Das sozialistische Russland gründete im Jahr 1922 gemeinsam mit denjenigen Nachbarländern, die unter seinem Einfluss standen, einen neuen Staat: die Sowjetunion. Die Ukraine wurde zu einer Sowjetrepublik und damit Teil der Sowjetunion. Allerdings gehörten damals noch Teile der heutigen Westukraine zu Polen und der Slowakei. Der Versuch, einen eigenständigen ukrainischen Staat zu gründen und aufrecht zu erhalten, war 1918/1919 (nach dem Ende des Ersten Weltkriegs) innerhalb kurzer Zeit gescheitert.

Das Trauma: Der Holodomor

Unter der Herrschaft der Sowjetunion erlebte die Ukraine im Winter 1932/33 ein großes Trauma. Der damalige Anführer der Sowjetunion, der Diktator Josef Stalin, ließ die Vorräte der ukrainischen Bauern beschlagnahmen, um die Bevölkerung in den Städten Russlands zu versorgen. Daraus folgte eine große Hungersnot, der Schätzungen zufolge zwischen drei bis zu sechs Millionen Ukrainer zum Opfer fielen. Dieses Ereignis ist bis heute als „Holodomor“ (Hungersnot) im Bewusstsein vieler Ukrainer präsent und wird von ihnen als Verbrechen am Volk der Ukrainer betrachtet.

Der Zweite Weltkrieg

Der Zweite Weltkrieg (1939-1945) brachte für das Gebiet der Ukraine große Zerstörungen und Millionen Tote. Im Westen der Ukraine kämpften ukrainische Partisanen auf der Seite der deutschen Wehrmacht gegen die Sowjetunion. Nicht wenige Menschen im Westen der heutigen Ukraine begrüßten damals den Angriff der deutschen Wehrmacht gegen die Sowjetunion, weil sie in der Sowjetunion eine Unterdrückungsmacht sahen und sich eine eigenständige Ukraine wünschten. Die ukrainischen Partisanen, die auf Seiten der deutschen Wehrmacht gegen die

Sowjetunion gekämpft hatten, werden heute noch von einem Teil der Ukrainer als Volkshelden verehrt – obwohl bekannt ist, dass sie Gräueltaten an Juden begingen. Die Bevölkerung im Osten der Ukraine kämpfte als Teil der Sowjetunion gegen die Wehrmacht. In einem langen verlustreichen Krieg gelang es der Sowjetunion schließlich, Nazi-Deutschland zu besiegen.

Die Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg – Die Krim wird ukrainisch

Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Ukraine ein selbstverständlicher Bestandteil der Sowjetunion. Im Jahre 1954 schenkte Nikita Chruschtschow, der damalige Staatschef der Sowjetunion, die Krim-Halbinsel, die seit Jahrhunderten zu Russland gehört hatte, der Ukrainischen Sowjetrepublik. Diese Schenkung sollte ein Zeichen der engen Verbundenheit sein und hatte faktisch keine Bedeutung, weil die Krim ja weiterhin zum Gesamtgebilde der Sowjetunion gehörte und unter der Oberherrschaft der sowjetischen Staatsführung in Moskau stand.

Der Kalte Krieg

Die Zeit vom Ende des Zweiten Weltkriegs (1945) bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahr 1991 war geprägt durch den Kalten Krieg. Bei den Konfliktparteien handelte es sich um die sozialistischen Staaten mit der Sowjetunion an der Spitze und die marktwirtschaftlich-demokratischen Staaten mit der USA als Führungsmacht. Beide Seiten standen sich mit ihren Militärbündnissen, dem Warschauer Pakt und der NATO, hochgerüstet und mit tiefem Misstrauen gegenüber. Damals ging es beiden Blöcken darum, ihre Einflusssphären aufrechtzuerhalten und wenn möglich auszudehnen.

Ende des Kalten Krieges und Ausdehnung der NATO in Richtung Russland

Die politische Starrheit der sozialistischen Staaten und ihre wirtschaftlichen Schwäche führten schließlich zu ihrem Zusammenbruch. Im Jahr 1991 löste sich die Sowjetunion auf. Der Warschauer Pakt, das Verteidigungsbündnis der sozialistischen Staaten, hörte im Jahr 1991 ebenfalls auf zu existieren. Die NATO, das Verteidigungsbündnis der westlichen Staaten, bestand allerdings weiter. Entgegen einer Zusage an Russland traten einige Staaten, die früher zur Sowjetunion oder zum Warschauer Pakt gehört hatten, der NATO bei. Damit verschob die NATO ihren Grenzen in Richtung Russland. Alle neuen osteuropäischen Mitgliedsländer der NATO sind jedoch freiwillig dem Verteidigungsbündnis beigetreten. Sie sehen in der NATO die Garantie, nie wieder von einer Großmacht erobert oder unterdrückt zu werden. Die Ukraine ist bis heute kein NATO-Mitglied.

Die Ukraine als eigenständiger Staat

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion erklärte die Ukraine im Jahr 1991 ihre Unabhängigkeit. Es gibt in der Ukraine einige sehr wenige Männer und Frauen, die seit den 1990er-Jahren unvorstellbar reich geworden sind und diesen Reichtum nutzen, um die Politik in ihrem Sinne zu beeinflussen. Von einer wirklichen Demokratie, einem freiheitlichen und sozialen Staat und einer funktionierenden Marktwirtschaft ist die Ukraine noch weit entfernt. Das ist es aber, was sich viele Menschen vor allem im Westen der Ukraine wünschen und warum sie für eine Anbindung der Ukraine an die EU eintreten. Im Osten der Ukraine orientieren sich die Menschen hingegen eher an Russland. Dieser Riss in der ukrainischen Bevölkerung ist historisch begründet. Aufgrund der Geschichte zeigen die Bevölkerungen im Westen und Osten der Ukraine die folgenden Unterschiede auf:

(zu Material 4)

Mehrheit der Bevölkerung im Westen der Ukraine	Mehrheit der Bevölkerung im Osten der Ukraine
historischer Aspekt: Teilnahme am Ersten und Zweiten Weltkrieg auf Seiten der Gegner Russlands/der Sowjetunion	historischer Aspekt: Teilnahme am Ersten und Zweiten Weltkrieg auf Seiten Russlands/der Sowjetunion
Wunsch: Ukraine als eigener Staat	Wunsch: sehr enge politische und wirtschaftliche Beziehungen zu Russland bis hin zum Anschluss an Russland
Orientierung an EU	Orientierung an Russland
klare Dominanz der ukrainischen Sprache	Bevorzugung der russischen Sprache
Eintreten für marktwirtschaftliche Ordnung	positive Einstellung gegenüber linker, staats-orientierter Ordnung
Viele Menschen haben persönliche, verwandtschaftliche oder wirtschaftliche Beziehungen nach Polen, in die Slowakei und andere EU-Staaten.	Viele Menschen haben persönliche, verwandtschaftliche oder wirtschaftliche Beziehungen nach Russland.
erhöhter Zugang zu Informationen aus westlichen Ländern (z.B.: TV aus Polen oder der Slowakei)	Beeinflussung durch russische Medien
eher hohe religiöse Aktivität der Bevölkerung	vergleichsweise niedrige religiöse Aktivität der Bevölkerung
Die Tabelle wurde erstellt unter Bezug auf: Pavlenko, Anatolij/Malek, Martin (2001): Zu den Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland – Überlegungen aus ukrainischer Sicht. In: http://www.bmlv.gv.at/pdf-pool/pinlikationen/14_sr5_13.pdf [2.11.2014]	

Welche Regelungen des Völkerrechts ermöglichen beziehungsweise beschränken das Handeln der Konfliktparteien?

Nach den Massenprotesten in Kiew, die zum Sturz des russlandfreundlichen ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch führten und eine neue, europafreundliche Regierung in Kiew an die Macht brachten, reagierte Russland mit der Stationierung großer Armeeverbände an der ukrainischen Grenze. Russland behielt sich vor, militärisch im Nachbarland einzugreifen. Russland betrachtete ein mögliches militärisches Eingreifen als völkerrechtlich erlaubt, weil ...

- a) der gestürzte ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch um ein militärisches Eingreifen gebeten hatte – Russland sah Janukowitsch, obgleich er gestürzt war, weiter als den offiziellen Präsidenten der Ukraine an,
- b) es sich aus russischer Sicht um eine humanitäre Mission zum Schutz der Menschen in der Ukraine handele und Russland als enger Nachbar hierzu die Pflicht habe.

Dieser Begründung bediente sich die russische Regierung schließlich auch, um ihr militärisches Eingreifen auf der Krim zu rechtfertigen. Dort waren Spezialeinheiten ohne Hoheitsabzeichen aufgetaucht, die alle wichtigen Orte besetzt hatten. Schließlich stellte sich heraus, dass es sich um russische Soldaten handelte. Außerdem setzte Russland seine auf der Krim stationierten Soldaten der Schwarzmeerflotte ein, um auf der Krim einzugreifen. Russland argumentierte, dass das Eingreifen auf Wunsch des (abgesetzten) Präsidenten Janukowitsch erfolgt sei, um die Bevölkerung auf der Krim vor der neuen prowestlichen Regierung in Kiew zu schützen. Außerdem wiederholte Russland, dass es die russischstämmigen Menschen und russischen Staatsbürger auf der Krim schützen müsse. Es gelte, die Menschenrechte auf der Krim unbedingt zu sichern, so Russland. Unter der Kontrolle der russischen Soldaten wurde dann eine Wahl organisiert, in der die Wähler auf der Krim für einen Anschluss an Russland stimmten. Russland nahm daraufhin die Krim in sein Staatsgebiet auf. Russland argumentiert, dass auch dieser Schritt völkerrechtlich gedeckt sei, weil die Bevölkerung auf der Krim das Recht zur Selbstbestimmung habe.

Die Länder der Europäischen Union und die USA verurteilen das Verhalten Russlands und erkennen den Anschluss der Krim an Russland nicht an. Sie sagen, das Vorgehen Russlands sei nicht mit dem Völkerrecht vereinbar. Diese Ansicht vertritt auch der Rechtsexperte Prof. Markus Kotzur von der Universität Hamburg. Er sagt, dass eine Intervention nach dem Völkerrecht nur gerechtfertigt sei, wenn es ein ausdrückliches Mandat des UN-Sicherheitsrates gäbe oder die Notwendigkeit zur Selbstverteidigung durch einen Angriff besteht (vgl. Kotzur 2014). Beides liegt in Bezug auf Russland nicht vor. Das Hilfesuch des gestürzten ukrainischen Präsidenten sieht Professor Kotzur ebenfalls kritisch, weil dieser in der Ukraine abgesetzt wurde. Zur Frage, ob Russland seine Staatsbürger auf der Krim militärisch schützen müsse, sagte Prof. Kotzur (2014):

„Das ist eine vieldiskutierte Rechtfertigung einer Intervention und von westlichen Staaten ebenfalls schon oft gebrauchte Argumentation, auf die sich Russland durchaus stützen kann. Allerdings stellt sich die Frage: Sind in der Ukraine tatsächlich so viele russische Staatsbürger so extrem gefährdet, dass eine militärische Intervention notwendig werden könnte? Einen Beigeschmack bekommt das Ganze zudem, dass zuletzt zahlreiche russischstämmige Ukrainer plötzlich die russische Staatsbürgerschaft bekommen haben. Da liegt der Verdacht nahe: Man schafft sich erst einmal die Staatsbürger, die man dann anschließend schützen will.“

Ausgewählte Bestimmungen des Völkerrechts, hier der UN-Charta:

Artikel 1

Die Vereinten Nationen setzen sich folgende Ziele:

1. den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und zu diesem Zweck wirksame Kollektivmaßnahmen zu treffen, um Bedrohungen des Friedens zu verhüten und zu beseitigen, Angriffshandlungen und andere Friedensbrüche zu unterdrücken und internationale Streitigkeiten oder Situationen, die zu einem Friedensbruch führen könnten, durch friedliche Mittel nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts zu bereinigen oder beizulegen;
2. freundschaftliche, auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln und andere geeignete Maßnahmen zur Festigung des Weltfriedens zu treffen;

[...].

Artikel 2:

Die Organisation und ihre Mitglieder handeln im Verfolg der in Artikel 1 dargelegten Ziele nach folgenden Grundsätzen:

1. Die Organisation beruht auf dem Grundsatz der souveränen Gleichheit aller ihrer Mitglieder.
2. Alle Mitglieder erfüllen, um ihnen allen die aus der Mitgliedschaft erwachsenen Rechte und Vorteile zu sichern, nach Treu und Glauben die Verpflichtungen, die sie mit dieser Charta übernehmen.
3. Alle Mitglieder legen ihre internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel so bei, daß der Weltfriede, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden.
4. Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.

[...]

Artikel 39

Der Sicherheitsrat stellt fest, ob eine Bedrohung oder ein Bruch des Friedens oder eine Angriffshandlung vorliegt; er gibt Empfehlungen ab oder beschließt, welche Maßnahmen [...] zu treffen sind, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren oder wiederherzustellen.

[Erläuterung: Zu diesen Maßnahmen können auch militärische Eingriffe gehören. Er kann ein Land oder eine Ländergruppe dann beauftragen, diese militärischen Maßnahmen durchzuführen.]

Artikel 51

Diese Charta beeinträchtigt im Falle eines bewaffneten Angriffs gegen ein Mitglied der Vereinten Nationen keineswegs das naturgegebene Recht der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung, bis der Sicherheitsrat die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen getroffen hat. [...]

Quelle:

Charta der Vereinten Nationen und Statut des Internationalen Gerichtshofs. In: <http://www.un.org/depts/german/un-charta/charta.pdf> [2.11.2014]